

Vorabdruck aus:

Agrarbündnis (Hrsg): Kritischer Agrarbericht -- Landwirtschaft 2006
Erscheinungstermin: Januar 2006, Rheda-Wiedenbrück/Hamm

Politik ohne die Landwirte
Eine sozialpolitische Einschätzung der Agrarwende

Interview mit Clemens Dirscherl

Die Agrarwende hat zu großen Polarisierungen vor Ort geführt. Sie wurde zum Synonym für Ökolandbau und grenzte die Mehrzahl der durchaus ordentlich wirtschaftenden Agrarbetriebe konventioneller Art aus. Auch alle diejenigen, die sich von der Agrarwende eine soziale Wende erhofften, sahen sich enttäuscht. Nichtsdestotrotz ist es gelungen, die Gesellschaft für landwirtschaftliche Themen und Belange zu interessieren. Dabei hat jedoch die Politik die Mehrheit der Bauern und Bäuerinnen nicht genügend eingebunden – ein Dialog fand kaum statt. So das Fazit von Clemens Dirscherl, dem Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) für agrarsoziale Fragen und Geschäftsführer des Evangelischen Bauernwerks in Waldenburg-Hohebuch. Das Interview mit ihm führte Andrea Fink-Keßler.

Beim Evangelischen Bauernwerk treffen sich Bauern und Bäuerinnen quer durch alle Gruppierungen, jung und alt. Wie wurde die Agrarwende bei den Landwirten wahrgenommen?

Die Agrarwende war eigentlich das Ergebnis eines Skandals, des BSE-Skandals. Alleine schon durch die öffentliche Wahrnehmung als „Skandal“ fühlte sich die Landwirtschaft plötzlich ins grelle Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Man erhielt eine Aufmerksamkeit durch die Medien, wie sie die Landwirtschaft ansonsten nicht gewohnt war. Man solidarisierte sich mit den Milchviehbetrieben, bei denen BSE festgestellt wurde und die Fernsehanstalten für eine Sensationsberichterstattung einfielen. „Was, wenn dir so etwas passieren würde?“ war der erste Gedanke bei vielen tierhaltenden Betrieben. Erst recht, weil undifferenziert das Auftreten von BSE in der öffentlichen Meinung den „Agrarfabriken“ zugeordnet wurde: BSE quasi als Folge von Agrarindustrialisierung.

Von der Agrarpolitik wurde gleichzeitig das Bild von „guter“ und „schlechter“ Landwirtschaft vermittelt. Die Ökobetriebe waren die „guten“ und erhielten eine breite Wertschätzung durch die offizielle Berichterstattung. Dabei war ihnen selbst unwohl, gegenüber den konventionellen Kollegen als „Musterbetriebe“ dargestellt und im Rahmen der folgenden Agrarwende politisch propagiert und mit Programmen besonders gefördert zu werden. Auf diese Weise erfolgte eine Polarisierung innerhalb der Landwirtschaft, welche sich auf das soziale Gefüge insgesamt im Agrarsektor (aber auch bis hinunter in das einzelne Dorfleben) ungut auswirkte. Agrarwende wurde zum Synonym für Ökolandwirtschaft und grenzte die Mehrzahl der durchaus ordentlich wirtschaftenden Agrarbetriebe konventioneller Art aus.

Lag die Polarisierung nicht schon in der Geburtsstunde der Agrarwende – im Skandal?

Im Skandal ist die Polarisierung immer enthalten: man sucht einen Schuldigen, der den Skandal tatsächlich oder vermeintlich verursacht hat, und selber ist man fein raus. Dass von der Politik diese Linie zum Teil mitgefahren wurde, war verhängnisvoll. Politik hätte die Aufgabe gehabt, auf Polarisierungen entzerrend zu wirken und den Skandal analytisch hinsichtlich seiner Ursachen und Wirkungen zu bearbeiten. Auf keinen Fall sollte alleine schon durch eine entsprechende Rhetorik die Dramatisierung noch zusätzlich verstärkt werden. Genau das war aber der Fall. Mit Schlagworten wie „Klasse statt Masse“ oder dem berühmten Künastschen Ausspruch „In eine Kuh gehört nur Wasser und Gras“ öffnete man den Raum für die Polarisierungen. Aus Sicht der Landwirtschaft nutzte die neue Agrarministerin Künast die durch die BSE-Krise mediengerecht aufbereitete Szenerie, um sich als ministerialer Newcomer zu profilieren und die Erwartungshaltung grüner Wähler, vor allem aus dem urbanen Raum, zu bedienen – anstatt für Entspannung und verbale Abrüstung zu sorgen. Die konventionelle Landwirtschaft gewann den Eindruck, ihrer Arbeit gelte keine Anerkennung und werde im Vergleich zur Ökologischen Landwirtschaft entwertet. Eine entsprechende Richtigstellung erfolgte von agrarpolitischer Seite zu spät und dann auch nicht aus vollem Herzen.

Was hätte Ihrer Meinung nach getan werden müssen?

Symbolhandlungen hätten schon ausgereicht, um hier entgegenzusteuern. Die Härten der finanziellen und sozialen Belastungen für die Landwirtschaft hätten öffentlich angesprochen werden können. Die Auftritte der Ministerin waren gerade in dieser Hinsicht nicht immer glücklich. Ich erinnere mich noch gut damals an die Eröffnung der Grünen Woche in Berlin. Auf forschende und kämpferische Art signalisierte die Ministerin Entscheidungsfreude und Durchsetzungskraft. Aber die soziale Sensibilität gegenüber den Bauern suchte man vergeblich. Ein, zwei Sätze zur Anerkennung der Leistungen unserer Landwirtschaft für die gesamte Gesellschaft, oder über ihre Verbundenheit mit der heimischen Landwirtschaft hätten schon ausgereicht, um öffentlichkeitswirksam Akzente zu setzen. Das wäre Balsam für die leidende Bauernseele gewesen. Das hätte es auch dem Bauernverband sehr viel schwerer gemacht, in seiner Polemik gegen Frau Künast vorzugehen.

Stattdessen schaukelte sich die Situation hoch nach dem Motto „auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil“. Die Berliner Agrarpolitik wollte sich bewusst von der berufsständischen Vertretung absetzen, diesem engen, verwobenen Netz aus Agrarverbänden, Agrarwirtschaft und Agrarpolitik. Stattdessen suchte man ausschließlich die Nähe zum eigenen Milieu aus dem Umwelt- und Ökobereich. Davon profitierte sicherlich auch ein Zusammenschluss wie das AgrarBündnis. Dort entsprach man vom Milieu her einem ähnlichen sozialen Umfeld, man identifizierte sich mit einem alternativen Lebensgefühl und setzte sich bewusst von dem muffig-spießig anmutenden Gebaren der Bierzeltatmosphäre des Bauernverbandes ab. Aber die Landwirtschaft besteht eben nicht nur aus dem AgrarBündnis, sondern hat mehrheitlich die polemischen Auseinandersetzungen zwischen Ministerin und Bauernverband auch als Affront gegen den eigenen Berufsstand empfunden: „So wie die mit dem Bauernverband umgeht, hat die an uns ja gar kein Interesse, sie würdigt uns nicht.“ Auf diese Weise entstand für den

Bauernverband eine Plattform der Solidarisierungswelle innerhalb der breiten Landwirtschaft.

Ministerin Künast hätte zum Beispiel 50 Kreisbauern aus verschiedenen Regionen zu sich ins Ministerium einladen können. Man nimmt sich Zeit für ein offenes Gespräch, lässt unterschiedliche Delegationen aus dem Bundesgebiet zu Wort kommen: „Wie sieht es bei Euch aus, wo drückt der Schuh?“ Solch ein Interesse an der Landwirtschaft vor Ort hätte auch die Agrarpresse nicht ignorieren können und wäre ein Signal gewesen um zu zeigen: „Mich interessiert gerade auch als ‚Stadtplanze‘, wie es unserer Landwirtschaft geht, weil Ihr für unsere heimische Versorgung mit Lebensmitteln, für den Erhalt unserer ländlichen Räume und das dörfliche Leben unverzichtbar seid.“

Erst gegen Ende ihrer Amtszeit hat Frau Künast infolge der Diskussion um das Verramschen von Lebensmitteln, insbesondere bei den ständig fallenden Milchpreisen, die richtige Tonlage gefunden und ist auf den Kampagnenzug „Lebensmittel sind mehr wert“ aufgesprungen. Das hat den Landwirten Respekt eingeflößt, und mit der Empfehlung, deutsche Waren zu kaufen, mussten auch die Kommentatoren der landwirtschaftlichen Wochenblätter ihre Anerkennung für die ansonsten ungeliebte Ministerin zum Ausdruck bringen.

Politik ist nicht nur Symbolpolitik. Der Strukturwandel ist während dieser Zeit extrem vorangeschritten, die Preise sind verfallen. Hätte es für diese Regierung Handlungsspielräume gegeben, um hier wirksam gegenzusteuern?

Nehmen wir die Fördermittel, die dem BMVEL zur Verfügung stehen. Rund 70 Prozent des Agrarhaushaltes des Bundes fließen zur Stabilisierung in die sozialen Sicherungssysteme. Dann gibt es noch die laufenden Maßnahmen. Damit sind größere nationale Gestaltungsräume finanziell schon einmal blockiert. Um einer Agrarwende jedoch den entsprechenden programmatischen Rahmen zu geben, mussten natürlich innovative Akzente gesetzt werden. Ich hätte mir zum Beispiel ein „Mutmach-Programm“ gewünscht – eine neue Form des Junglandwirteprogramms. Die Gesellschaft solidarisiert sich mit der Landwirtschaft und gibt ihr durch entsprechende Förderprogramme auch die entsprechende Chance der Existenzgründung. Die Botschaft nach draußen: wir wollen Mut machen, dass Landwirte die Höfe übernehmen, und dass Landwirtschaft eine Zukunftschance hat.

Vom Ansatz her gut war das Programm der Modellregionen: auf breiter Ebene, in verschiedenen Regionen, durch unterschiedliche Partner auch in Zusammenarbeit mit der konventionellen Landwirtschaft wollen wir unseren ländlichen Raum stärken. Insgesamt konnte der Ansatz des Programmes der praktischen Landwirtschaft aber nicht vermittelt werden: dass es sich um eine Chance auch für die Landwirtschaft insgesamt handelt, über neue Wege die Existenz zu sichern, Arbeitsplätze zu schaffen und Wirtschaftsimpulse in der Region zu setzen. Man hätte klarer sagen müssen, dass dieses Modellprojekt genau dafür steht, was künftig auf europäischer Ebene im Bereich ländlicher Entwicklung an Fördermaßnahmen auf die Landwirtschaft zukommen wird: die Einbettung eines nationalen Förderprogramms innerhalb eines langfristigen Paradigmenwechsels der europäischen Agrarpolitik, welche die Landwirtschaft als zentralen Bestandteil der ländlichen Entwicklung insgesamt wahrnimmt. Stattdessen sah man bei den Bauern das

Modellvorhaben „Regionen Aktiv“ eher als Imageprojekt für Frau Künast: sie wolle sich ihr Denkmal setzen und damit würden Unmengen von Finanzmitteln verbraten, welche für Regionalmanagement, Mentoring-Programme, Presseauftritte etc. ausgegeben werden, anstatt direkt in die Landwirtschaft zu fließen.

Ist all das nicht Nischenpolitik, anstatt sich auf ein Gegensteuern zur Globalisierung zu konzentrieren?

Die Globalisierung ist Fakt. Der Preisdruck auf die landwirtschaftliche Produktion, ob im konventionellen oder auch immer stärker im ökologischen Bereich, ist Realität. Daher geht es um die Gestaltung des Globalisierungsprozesses, darum, ihn nicht ungebremst auf einen liberalisierten Agrarmarkt losrasen zu lassen, sondern mit ökologischen und sozialen Belangen zu verknüpfen. Ein ausschließliches Gegensteuern empfinde ich als nicht machbar. Regionale Programme sind für mich aber mehr als nur Nischenpolitik, sondern stehen gleichberechtigt neben der Globalisierung. Wir haben es mit globalisierten Wirtschaftsmärkten zu tun, zugleich gibt es aber auch den Bedarf nach regionalen Korrekturen, vielleicht sogar Gegengewichten. Damit verbunden sind Veränderungsprozesse, die mit einem breiten gesellschaftlichen Wandel einhergehen: das sehen wir bei den Sozialversicherungssystemen, in der Familienpolitik, Energiepolitik etc. Politik hat diesen Wandel sozial verträglich zu gestalten.

Für die Landwirtschaft heißt das, dass der Strukturwandel sozial verträglich gestaltet werden muss. Es geht nicht um einen Kampf gegen den Strukturwandel, weil es Veränderungsprozesse in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum schon immer gegeben hat, gegenwärtig gibt und auch künftig weiter geben wird. Die Begrifflichkeit von einem „Höfesterben“ ist daher auch nicht sonderlich hilfreich, sondern birgt eine Dramatisierung, die mir unangemessen scheint. Die Politik begleitet den Strukturwandel in der Landwirtschaft, indem sie ihn weder forciert (durch einseitige Förderprogramme) noch bremst, sondern indem sie den Menschen Alternativen für ihren eigenen betrieblichen oder beruflichen Zukunftsweg gibt. Lebensentwürfe und Lebensbiographien sind heute nicht mehr eindimensional, wie das in den 50er- oder 60er-Jahren noch war, als man politisch einzig dem Leitbild „bäuerliche Familienbetriebe“ huldigte, sondern vielschichtiger, auch in der Landwirtschaft: vom Einsteiger- über das Umstellungs- bis hin zum Aussteigerprogramm.

Alleine schon die Begrifflichkeit von Nischenpolitik zeigt wieder eine Polarisierung auf: hier sind die so genannten Durchstarter, die durch Expansionsgelüste versuchen sich für den Weltmarkt fit zu machen (was gleichzeitig immer auch aus Agrarwendesicht einem Feindbild gleichkommt); dort die Nischen mit den „Guten“. Neben diesem Schwarz-Weiß-Denken kommen aber auch zusätzliche Schattierungen vor. Vergessen werden zum Beispiel „auslaufende Betriebe“. Konkret ist das zum Beispiel der 50-Kuh-Betrieb des 50jährigen Landwirts, der keinen Hofnachfolger hat. Der soll noch zehn oder 15 Jahre wirtschaften, ist politisch aber abgeschrieben. Er erlebt, dass er ungewollt ist, weil er so schnell wie möglich seinen Betrieb aufgeben soll, damit die anderen, die Wachstumsfähigen und Wachstumswilligen, an die Fläche oder Quote kommen. Finanziell und oftmals arbeitswirtschaftlich ist er in einer Problemlage: er weiß, dass der Betrieb keine Zukunft

hat, wurstelt sich durch und sieht sich von Berufsstand, Politik, aber auch von der Agrarberatung alleine gelassen.

Zugleich setzt sich der Strukturwandel fort, wachsen die Betriebe weiter, doch wie lange und wohin? Denn nicht alle größer werdenden Betriebe können sich Lohnarbeiter leisten. Und selbst Landwirte, die nach außen hin als erfolgreiche Durchstarter gelten, sitzen auf ihren Höfen in extremer Betriebsfixierung, haben oftmals einen Haufen Schulden, die Arbeitsbelastung nimmt zu, die persönliche Zufriedenheit wird immer angespannter und der vermeintlich große Wachstumsbetrieb ist vielleicht innerlich ein ganz armes Würstchen. Ich kenne genügend Großbetriebe, die unter diesem erheblichen Erfolgsdruck stehen und gleichzeitig immer mehr vereinsamen: in der Region als der große Gewinner gelten, der die anderen geschluckt hat, und gleichzeitig aber im Sozialgefüge immer stärker isoliert zu sein. Ob dann die einzige soziale Beheimatung noch in der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) als Agrarelitezirkel zu sehen ist – das mag den einen oder anderen erfüllen, aber für die Alltagsgestaltung draußen vor Ort auf den Höfen ist es für viele nicht befriedigend. Nicht von ungefähr nehmen gerade auch in der Landwirtschaft die gesundheitlichen und psychischen Belastungen immer mehr zu, wie wir aus den Erfahrungen der landwirtschaftlichen Familienberatungen der Kirchen belegen können; und davon sind auch die spezialisierten Wachstumsbetriebe nicht ausgenommen. Die soziale Frage betrifft in der Landwirtschaft daher alle und ist nicht nur auf Öko, Nische oder Kleinbetrieb zu reduzieren.

Welche Handlungsspielräume sehen Sie für ein Gegensteuern?

Natürlich kann die Agrarpolitik nichts daran ändern, ob sich einer kaputt arbeitet oder nicht. Das liegt in der Mentalität jedes einzelnen Betriebsleiters. Aber gerade in der Landwirtschaft gibt es einen erheblichen Erfolgsdruck durch die Wachstumsspirale. Dieser Druck wird auch durch die entsprechenden Veröffentlichungen in der landwirtschaftlichen Fachpresse und durch Empfehlungen aus Agrarwissenschaft und Agrarberatung in die Betriebe getragen. Aber über den sozialen Bereich, über die Betriebshilfe oder Dorfhilfe kann konkret soziale Entlastung erreicht werden. Hier hat man aber eher den Eindruck, dass durch die Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Sozialversicherung eine restriktive statt eine fördernde Politik erfolgen wird. Angesichts der steigenden Prämien für die Berufsgenossenschaft, Krankenversicherung etc. erleben sich die Landwirte von der Gesellschaft sehr stark entsolidarisiert. Von daher sollte in Zukunft einer agrarsozialen Politik schon vom Finanzvolumen her – ähnlich wie bei den gesamtgesellschaftlichen Sozialversicherungssystemen – das Hauptaugenmerk einer solidarischen Umgestaltung in der Landwirtschaft gehören. Da hoffe ich auf die Konzepte gerade eines Agrarministers Seehofer.

Hinsichtlich der allgemeinen Landwirtschaftspolitik ist die zentrale Frage für ein Gegensteuern auf breiter Ebene, wie Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und auf dem Lande gehalten werden können. Schwachpunkt vergangener Jahre war vielleicht, nicht gründlich genug danach zu schauen, welche Regionen aus dem Wettbewerb um Existenzsicherung herauszufallen drohen, und in welchen die Aufrechterhaltung der Landbewirtschaftung von zentraler Bedeutung für die gesamte Lebensqualität im ländlichen Raum ist. Denken wir zum Beispiel an bestimmte Regionen in den neuen Bundesländern,

aber auch in vielen Mittelgebirgslagen. Hier sollte Landwirtschaft tatsächlich als gesellschaftspolitischer Auftrag verstanden werden: die Verzahnung der Arbeitsplätze in der Erzeugung, in den Be- und Verarbeitungsprozessen und in den benachbarten Dienstleistungsbereichen. In diesem Zusammenhang sind auch die Landschaftsprogramme für die Agrarproduktion eine wichtige Maßnahme. Der einzelne Landwirt sieht solche Fördermittel als Gelegenheit, den Preisdruck etwas abmildern zu können und für seine öffentlichen Aufgaben eine finanzielle Anerkennung zu erhalten. Das hat auch viel mit einem neuen Selbstverständnis der Landwirtschaft zu tun: man wird nicht nur für Produktion bezahlt, sondern Produktion ist in ihrem Zusatznutzen mit bestimmten gesellschaftlichen Leistungen verknüpft.

Wurde denn eine soziale Wende gewollt?

Die Agrarwende war nicht auf eine soziale Wende hin ausgerichtet. Wer diese Hoffnung gehabt hat, musste enttäuscht werden. Die Landwirte haben folgerichtig die Agrarwende ausschließlich als eine Ökowende betrachtet sowie als Verbraucherberuhigungsstrategie nach BSE und anderen Lebensmittelskandalen. Alleine schon der „Schutz“-Begriff wurde von der Landwirtschaft als unsozial und gegen sie gerichtet empfunden: Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz, Tierschutz, Artenschutz, Umweltschutz, Wasserschutz, Klimaschutz – alles mögliche wurde dem Schutz der Politik unterstellt. Und wo geschützt werden muss, gibt es ein Bedrohungspotential – eben „wir Landwirte“, so die weit verbreitete Stimmungslage. Angekommen bei den Landwirten ist dadurch in erster Linie, dass die Agrarwende statt eigener bäuerlicher Entscheidungs- und Handlungssouveränität eine Standardisierung anstrebte: Reglementierung, Kontrolle, Dokumentation, Observation („vom Stall bis zur Theke“). Nicht als Qualitätssicherungsprogramm für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, sondern als erheblicher Restriktionsrahmen wurden dann auch die Veränderungen der Verordnungen zu Tierhaltung, Düngung und Tier-Arzneimitteln wahrgenommen. Sicherlich waren einzelne Maßnahmen folgerichtig, aber insgesamt wurde der Eindruck eines dringend notwendigen Kontroll- und Sicherungssystems für die Landwirtschaft in die Öffentlichkeit transportiert.

Nicht von ungefähr kreidete man der Agrarwendepolitik auch die nationalen Alleingänge an, welche hartnäckig als Profilierungschance für unsere Landwirtschaft propagiert wurden. Das ist natürlich schwierig: während die Erzeugerpreise für die Landwirtschaft fallen, auch die Ökobranche weit vom anvisierten Ziel der 20-Prozent-Marke entfernt bleibt, die Discounter im Lebensmittelhandel sich immer breiter machen und die Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft permanent steigt – in ausgerechnet so einem Moment propagiert man das Toppen von EU-Standards als Chance für die heimische Landwirtschaft. Gleichzeitig hat man im Ökolandbau aber die schwächeren europäischen Standards auf den deutschen Biosektor prasseln lassen. Das war eine ungute Gemengelage, welche sowohl in der konventionellen wie der ökologischen Landwirtschaft mit Unverständnis aufgenommen wurde. Angekommen ist bei den Bauern: erst die Öko-Propaganda – dann, weit abgeschlagen, unsere soziale Arbeits- und Lebenswirklichkeit auf den Höfen.

Wenn mit Sozialwende die Aufnahme oder Vertiefung eines gesellschaftlichen Dialogs mit der Landwirtschaft verstanden wird, dann gab es hier zwar ein echtes Interesse in der Agrarwendepolitik, die Umsetzung erfolgte jedoch recht einseitig. Von der Landwirtschaft

forderte man Einsicht und Einschnitte, welche von Umwelt-, Tierschutz- oder entwicklungspolitischen Gruppen mit formuliert wurden – für die Bauern vor Ort in ihrer Arbeitsgestaltung auf den Höfen oftmals mit folgenschweren Konsequenzen für Arbeitsbelastung oder Betriebskosten. Gleichzeitig war die Verantwortung, in welche die Verbraucher von der Agrarwende gestellt wurden, recht unverbindlich. Als staatlich verordneter Verbraucherschutz ohne eigengewollte Verbraucherverantwortung der Betroffenen kam diese einseitige Dialogstruktur bei den Bauern an. Zu spät hat die Ministerin den Dialog aus der Einbahnstraße herausgenommen und die Ernährungswende eingeleitet mit entsprechenden Programmen und Aktionen. Nur: Ernährungswende, das war freiwillig, für die Landwirte hingegen kam es infolge der Agrarwende zu einer Inpflichtnahme. Das wurde und wird als ein Ungleichgewicht der Kräfteverhältnisse wahrgenommen.

Schließlich gehört zu einer sozialen Agrarwende die Diskussion um die Zukunft der agrarsozialen Sicherungssysteme. Hier hätte ich mir gewünscht, dass die Politik deutlichere Akzente gesetzt hätte, insbesondere bei der gesellschaftlichen Verantwortung auch für die Altenteiler in der Landwirtschaft. Das sind doch keine „Altlasten“, wie es oft in der öffentlichen Debatte würdelos vermittelt wird. Das sind Menschen, die ihr Leben lang in der Landwirtschaft gearbeitet haben, überdurchschnittlich viele Kinder geboren, aufgezogen haben und heute mit dafür sorgen, dass infolge des Strukturwandels diese Kinder als Erwerbstätige in anderen Berufen in die gesetzlichen Rentenkassen einbezahlen. Bei den anstehenden Reformdiskussionen und den Kürzungen der Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung ist hier in viel stärkerem Maße mehr soziale Sensibilität gefordert. Natürlich muss der Staat hier weiterhin die finanzielle Verantwortung für die Altenteiler übernehmen und gesamtgesellschaftlich gesehen ist ein Solidarausgleich zwischen den Bundesländern erforderlich. Hier spüren die landwirtschaftlichen Familien das Gesicht einer sozialen Wende ganz deutlich: praktisch, Monat für Monat am Geldbeutel, wenn sie die steigenden Beitragszahlungen vornehmen müssen.

Die Politik hat sich auf den Ökolandbau konzentriert. Wie ist die Bilanz aus Ihrer Sicht?

Am Anfang stand ein großes Ziel und ein kategorischer politischer Imperativ: so wie Bundeskanzler Schröder die Arbeitslosenquote als Maßstab für seinen Erfolg nahm, so legte Frau Künast mit ihrem 20-Prozent-Anteil Ökolandbau die Messlatte ganz schön hoch. An diesem Anspruch gemessen ist die Agrarwende zu vollmundig gewesen. Die Umstellungsprogramme haben sicherlich ihren Platz gehabt: Mut machen zum Umsteigen. Ein großer Fehler war dann aber die Aufweichung der deutschen Qualitätsrichtlinien durch das europäische Bio-Siegel mit geringeren Standards. Bis weit in den konventionellen Bereich hinein wurde das als Einknicken von Frau Künast vor der Ernährungsbranche und dem Lebensmittelhandel wahrgenommen. Gleichwohl ist ein gewisser Erfolg festzustellen: die Verbreiterung des Ökosegments auch im Supermarkt bis hinein in den Discounterbereich hat gegriffen.

Gleichzeitig macht sich dadurch jedoch auch eine latente Konfliktlinie bemerkbar: einerseits die Realität der Vermarktungserfordernisse, wie sie auch von der Verbandsspitze der Ökobranche angegangen wird. Andererseits die Pioniere und traditionellen Ökobauern, oftmals die kleineren Betriebe im Süden, welche sich betrieblich und strukturell abgehängt

fühlen von den strategischen Vermarktungsszenarien der eigenen Verbandsspitze. Zudem tritt ein Defizit zutage: die Umstellungsprogramme auf den Ökologischen Landbau in der Produktion sind gut – aber wenn gleichzeitig der Absatz nur zögerlich mit der Produktion gleichzieht und die Verbraucher nicht umstellen, gibt es eine Akzeptanzlücke in der Landwirtschaft. Denn der Ökomarkt folgt dann den gleichen konkurrenzwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten aus Preisdruck, europäischem Wettbewerb etc. wie im konventionellen Segment – mit allen wirtschaftlichen und sozialen Härten gerade für die alteingesessenen Ökobauern, welche mit dem Ökolandbau immer auch den politischen und gesellschaftlichen Anspruch eines alternativen Lebenskonzeptes verbunden hatten.

Durch das Erneuerbare –Energien-Gesetz (EEG) kommt bares Geld auf die Höfe. Wie sehen die Landwirte das?

Bei aller Kritik an der rot-grünen Bundesregierung gibt es Betriebe, die die Verdienste im Bereich Förderung regenerativer Energiequellen und nachwachsender Rohstoffe sehen. Vom Biogas- und Windenergieboom profitierten zahlreiche Betriebe. Entsprechend stand auf dem Forderungskatalog des Deutschen Bauernverbandes für eine Agrarpolitik nach der Bundestagswahl die Beibehaltung der entsprechenden Programme beziehungsweise deren Ausdehnung. Dieser Politikbereich wurde jedoch weniger der Agrarpolitik von Frau Künast zugeordnet, sondern Bundesumweltminister Trittin. Daher kann auch hier von einem Vermittlungsproblem gesprochen werden: zu wenig ist es gelungen, den Energiebereich (von Solarzelle bis Hackschnitzelanlage) als Bestandteil der multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft und somit auch als Bestandteil des Gesamtpaketes „Neuausrichtung der deutschen Landwirtschaft“ zu kennzeichnen.

Gibt es Politikbereiche, die aus Ihrer Sicht gelungen sind?

Wenn ich von Defiziten innerhalb der Agrarpolitik sprach, so richtet sich das jeweils auf die Wahrnehmungsebene innerhalb der breiten Landwirtschaft, hat also immer auch mit dem subjektiven Bereich von Empfindungen zu tun. Aber wenn man Politik für bestimmte Bevölkerungskreise und gesellschaftliche Gruppen verantwortet, dann muss man bei seinen langfristigen Zielen auch die Betroffenen in ihrer konkreten Situation abholen und auch mit einbinden.

Objektiv ist es sicherlich gelungen, das Thema Landwirtschaft aus der reinen wirtschaftssektoralen Ebene herauszuholen und in einen grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Kontext zu stellen. Die brennenden Themen unserer Zeit, Fragen unserer Zukunft verbinden sich mit folgenden Schlagworten: Wetterkapriolen, Hungerbekämpfung, grüne Gentechnik, Skandal um Fleischabfälle, Vogelgrippe, Förderung regenerativer Energien, Zukunft der Ernährungssicherung im weltweiten Zusammenhang, Ernährungsstil und Konsumgewohnheiten in den Industrieländern (Stichwort Übergewicht und falsche Ernährung) – das alles sind Themen, die im engsten Sinne „life science“ bedeuten und hierzu leistet unsere heimische Landwirtschaft unverzichtbare Beiträge. Diese Zusammenhänge von Landwirtschaft als Lebenswirtschaft sind durch die Agrarwende in der Tat deutlicher geworden – nur nicht ausreichend in die gesamte Gesellschaft hinein vermittelt worden.

Leider ist dieser Gesellschaftsdialog vorgenommen worden, ohne die Landwirte von ihrem berechtigten Anliegen her mitzunehmen. Das ist meine Kritik an der Agrarwende: wegen der eigenen Reputation als Politikerin wurde der echte und faire Dialog mit der Landwirtschaft nicht gesucht. Politisch ging es vorrangig darum, gegenüber der eigenen Klientel Profil beim Verbraucherschutz zu zeigen. Und selbst da gab es Defizite. So fehlte die inhaltliche Stringenz, wenn ich an die Äußerungen zur grünen Gentechnik in Deutschland denke und dann an das konkrete Abstimmungsverhalten von Frau Künast in Brüssel im Interesse der Koalitionsrason. Da ist sie vor den Interessen von Kanzler Schröder und Wirtschaftsminister Clement eingeknickt und hat sich mit schöner Regelmäßigkeit der Stimme enthalten, wenn es um das „Farbe bekennen“ ging. Das wurde genüsslich auf jeder Bauernversammlung draußen vor Ort auseinandergenommen, mit welchen Widersprüchen grüne Agrarpolitik selber konfrontiert war, wenn es um den Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit ging. Nur für die Landwirtschaft mit ihren Sachzwängen sollte das nicht gültig sein? Da klaffte auch eine Wahrhaftigkeitslücke. Hätte Frau Künast in Sachen Gentechnik auch einmal mit Rücktritt gedroht, hätte ihr das nicht nur bei der heimischen Verbraucherschaft, sondern sicherlich auch bei einer Reihe von Landwirten Anerkennung eingebracht. So blieb es beim Gentechnik-Gesetz, das in der Wahrnehmung der Landwirte wieder ihnen den Schwarzen Peter zuschob.

Hat sich denn die Wahrnehmung von Landwirtschaft bei der restlichen Bevölkerung verändert?

Ja, auf jeden Fall. Landwirtschaft wurde infolge der Agrarwende in ihrer gesellschaftlichen Dimension besser wahrgenommen. Das ist wirklich ein Erfolg. Hier hat Frau Künast gepunktet und öffentliche Aufmerksamkeit erreicht. In der Breite der Bevölkerung ist dies sogar als ein „Kümmern um die Landwirtschaft“ wahrgenommen worden.

Vielleicht liegt hier aber noch ein erheblicher Nachholbedarf in der landwirtschaftlichen Bevölkerung selbst: man ist es nicht gewohnt, dass sich die Öffentlichkeit mit einem auseinander setzt, sondern pflegte gerne das Miteinander unter seinesgleichen. Außerlandwirtschaftliche Kreise werden auch als Störenfriede wahrgenommen: da kommen welche vom Umweltschutz, vom Tierschutz, von der Verbraucherzentrale, von Greenpeace, ja auch noch von der Kirche und wollen einem in die Suppe spucken. Dass sich im Zeitalter der Medienöffentlichkeit kein einziger gesellschaftlicher Bereich zurückziehen kann und nur seinem eigenen Wohlbefinden huldigt, sondern sich im Sinne von Karl Raimund Poppers Logik von der offenen Gesellschaft dem Dialog und damit auch den Anfragen stellen muss, – diese Einsicht ist in der Landwirtschaft noch nicht vollzogen. Dabei wird übersehen, dass es dringend erforderlich ist, strategische Bündnispartner für die Zukunftssicherung einer heimischen Landwirtschaft zu suchen, wenn es eben um die Absicherung auch von staatlichen Transferleistungen als Ausgleich für die multifunktionalen Leistungen des Agrarsektors geht. Stattdessen wurde gerade auch vom Berufsstand ein Negativ-Image „Künast“ instrumentalisiert, um innerverbandliche Probleme, divergierende Interessen in einer zunehmend pluralen Landwirtschaft zu verdecken. Da wird es jetzt spannend werden, wie unter den neuen politischen Konstellationen die in der Landwirtschaft existierenden Bruchlinien – zum Beispiel bei der Milchwirtschaft, Renationalisierung von agrarpolitischen Handlungsfeldern, grünen Gentechnik – verlaufen werden.

Sie sagen, die Chance auf einen wirklichen Dialog zwischen Landwirten aller Couleurs und der übrigen Bevölkerung im ländlichen Raum wurde vertan. Wäre die Region selbst eine Basis für einen Dialog?

Die Region kann durchaus identitätsstiftendes Moment und Grundlage für einen Dialog zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft sein. Als Gegenpol für eine zunehmend unübersichtlich werdende komplexe Wirklichkeit. Da wird heute Kapital in die Landwirtschaft Rumäniens investiert, morgen in die der Ukraine. Ein Ende ist nicht abzusehen. Die Mehrzahl der Landwirte aber ist bodengebunden und heimatverwurzelt. So gilt in der Landwirtschaft heute der Großagrarier, der abwandert und woanders investiert, analog zu den multinationalen Konzernen als „Vaterlandsflüchtling“, der sich aus der regionalen Gemeinschaft und Verantwortung verabschiedet. Das kann durchaus eine Rückbesinnung auslösen: wer bleibt vor Ort, wer engagiert sich für das Dorf und die Region? Welche landwirtschaftliche Familie ist verknüpft mit dem Kindergarten vor Ort, dem Vereinsleben, den Landfrauen, der Landjugend, dem kirchlichen Ehrenamt und ist präsent in der Öffentlichkeit durch ein politisches Mandat oder auch die werbewirksame Aktionen, über die in den Medien berichtet wird? Daraus bilden sich dann nicht nur Bekanntheit und Sympathie, sondern auch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Unterstützungsbereitschaft für die Belange der Landwirtschaft. Aus der regionalen Vertrautheitsbeziehung kann dann auch echtes Vertrauen in die Landwirtschaft, ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse entstehen – weit besser als dies jegliches „Qualität und Sicherheit“-Programm mit seiner anonymen Unbedenklichkeitsbescheinigung erreichen könnte. Von daher ist der Regionalbezug für mich unverzichtbar, nicht nur um den Menschen persönlich Sinnstiftung und soziale Verankerung zu geben, sondern auch um die Landwirtschaft aus ihrer isolierten Betriebsfixierung herauszulösen. In diese Richtung scheint mir auch die künftige agrarpolitische Förderung von Seiten der EU zu gehen: weg von der einzelnen Hofförderung, hin zu einer integrativen Vernetzung der gesamten Zukunftsressourcen in den ländlichen Räumen.

Autor

Dr. Clemens Dirscherl ist seit 1991 Geschäftsführer des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg und 2004 zum Beauftragten für agrarsoziale Fragen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) berufen worden.

Dr. Clemens Dirscherl
Evangelisches Bauernwerk in Württemberg e.V.
74638 Waldenburg-Hohebuch
Telefon 07942-107-70
E-Mail: c.dirscherl@hohebuch.de